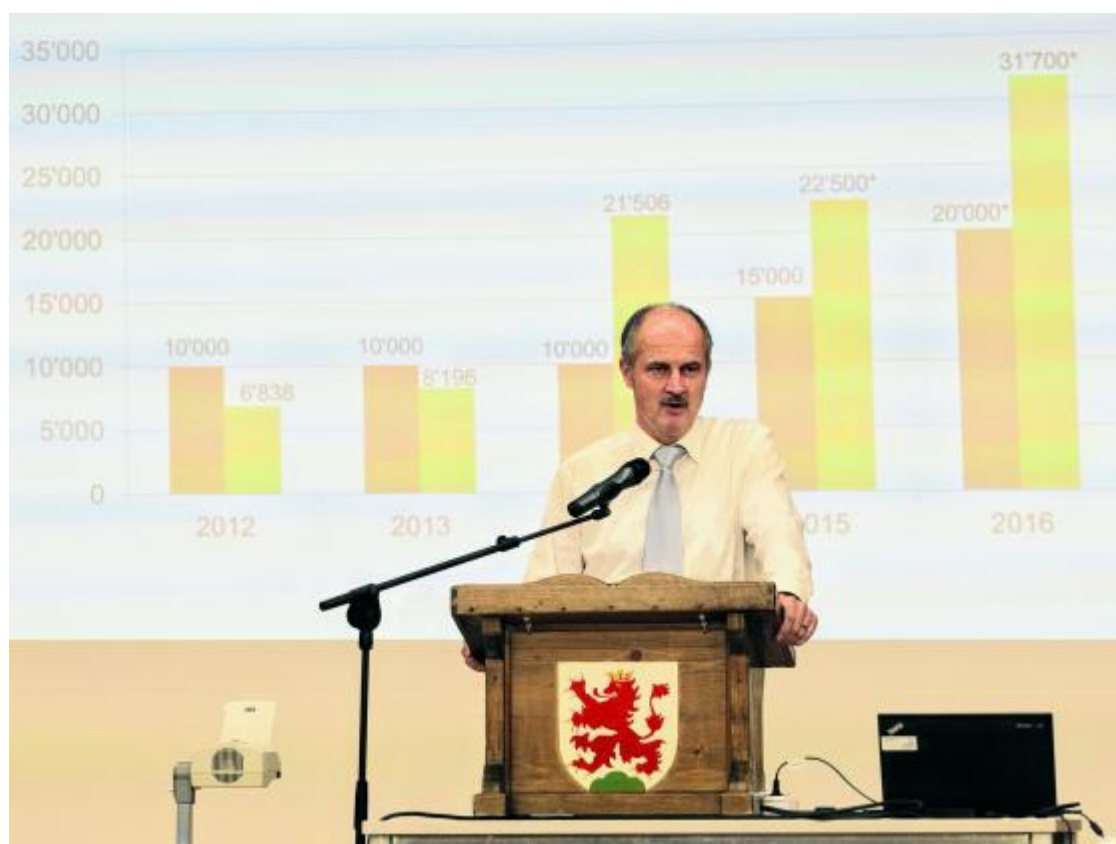


Murten | 26.02.2016

## Zufriedenheit trotz Zwischentönen



**Der Generalrat von Murten hat an einer Marathonsitzung am frühen Donnerstagmorgen den Voranschlag 2016 der Gemeinde genehmigt. Alle Kürzungsanträge bis auf einen wurden abgelehnt. Schliesslich hiess das Parlament eine Reihe von Änderungen an Reglementen gut.**

Um 00.34 Uhr schloss Präsident Karl-Heinz Camp (SP) eine lange, turbulente Sitzung. Der Generalrat Murten hatte das Budget 2016 der Fusionsgemeinde mit einem Plus von 1,6 Millionen Franken und einem Ertrag von 43,2 Millionen Franken genehmigt. Der Effekt der Fusion auf den Voranschlag ist laut Gemeinderat Andreas Aebersold (FDP) klein. Der Steuersatz bleibt bei 62 Prozent. Der Umbau des Schulhauses Längmatt lässt das Investitionsbudget auf netto 10,9 Millionen Franken anschwellen. Murten kann die Investitionen nicht allein aus den Reserven und dem Jahresgewinn bezahlen. Die Verschuldung beträgt 15 Millionen Franken und könnte bis auf 30 Millionen Franken steigen. Angesichts tiefer Zinsen machen die höheren Schulden Aebersold indes kaum Sorgen: «Wir investieren langfristig in die Zukunft.»

Olivier Curty (CVP) forderte, dass fusionsbedingte Kosten mit Effizienzgewinnen bewältigt und

zusätzliche Personalaufwände vermieden werden. Beat Marti (FDP) kritisierte den Ausbau der Verwaltung um 6,3 Stellen. Der Gemeinderat habe angekündigt, dass die Fusion kostenneutral vollzogen werde. Und der Aufwand sei zwar in allen Bereichen gestiegen, falle aber angesichts der guten Erträge nicht auf. Fritz Wüthrich (SVP) zeigte sich besorgt über die steigenden Schulden: «Der Cashflow ist zu tief für die vorgesehenen Investitionen.»

### **Kürzungsantrag kam durch**

Der Rat hiess ein höheres Budget für private Sicherheitsdienste gut. Urs Kramer (FDP) war dagegen und fand, Kontrollen seien im geplanten Umfang nicht nötig: «Überbordende Sicherheitsmassnahmen schränken die Freiheit ein.» Ammann Christian Brechbühl (FDP) verwies auf die Zunahme der Anlässe und das grössere Gemeindegebiet. «Die Bevölkerung hat Anspruch auf angemessene Sicherheit.» Kramer wollte auch den Posten für externe Parkkontrolleure kürzen. Auch hier konterte Brechbühl, dass Bussen für die Einforderung von Disziplin und Ordnung nötig seien. «Wenn sich alle benehmen würden, könnten wir den ganzen Betrag streichen.» Wildparkierer und zugestellte Lauben seien ein Ärgernis für viele. Bernadette Hänni (SP) bestätigte: «Touristen und Gewerbetreibende ärgern sich auch über das unkontrollierte Chaos.» Der Kürzungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 19 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Silvia Lauper (FDP) brachte einen Antrag durch, bei Schultransporten 11 000 Franken einzusparen. Der Gemeinderat wollte den Einsatz einer Aufsichtsperson auf dem Schulbus zwischen Murten und Gurwolf finanzieren, weil sich Schüler oft schlecht benommen hätten. «Irgendwann fährt in jedem Bus eine Begleitperson mit, mit entsprechenden Kostenfolgen», warnte Lauper. Die Schule und die Eltern seien für das Benehmen der Zöglinge in den Schulbussen zuständig. Gemeinderat Alexander Schroeter (SP) zeigte Verständnis für die Kritik: «Uns stehen allen die Haare zu Berge, wenn wir für solche Sachen Geld ausgeben müssen.» Doch man solle die Wirkung der Gruppendynamik auch bei sonst ruhigen Schülern nicht unterschätzen. Er hoffe, dass die Massnahme vorübergehend sein werde: «Eine Begleitperson vermittelt Respekt vor öffentlichem Gut.» Primarlehrerin Lara Coopt (SP) bestätigte: «Mal benehmen sich Kinder, mal nicht. Das hat nicht immer mit Erziehung zu tun.» Man könne die Verantwortung nicht einfach an die Eltern übergeben, «diese sind ja nicht im Bus». Martin Leu (GLP) sagte, er wisse aus eigener Erfahrung, wie schwierig es in Gruppen von Kindern sei, Respekt einzufordern. Ein an sich einfaches Geschäft – 35 000 Franken für ein Sanierungskonzept für eine Turnhalle und das benachbarte Feuerwehrlokal – löste einige Verwirrung aus. Markus Ith (FDP) fand es sinnentleert, ein Konzept für das alte Gebäude zu erarbeiten, ohne zu wissen, was mit ihm geschieht, sobald das neue eröffnet wird. Der Antrag des Gemeinderates wurde abgelehnt. Gestrichen wurde ebenfalls ein Kredit über 100 000 Franken für Massnahmen in fünf Quartieren, in denen Tempo 30 eingeführt werden soll. Ith warf Gemeinderätin Ursula Schneider Schüttel (SP) Zwängerei vor: In einem Fall habe der Generalrat eine Einführung abgelehnt und sich auch noch nicht zu Tempo-30-Zonen ausgesprochen. Der Gemeinderat will laut Schneider aber ein Konzept erarbeiten, bevor er eine allfällige Umsetzung in die Hand nimmt. Das sei für die Verkehrssicherheit wichtig.

### **Reglemente:**

#### **Alles an die Fusion angepasst**

Der Gemeinderat hatte die Anpassung von 15 Reglementen beantragt. Sie werden auf

Murtens vier neue Ortsteile ausgeweitet und betreffen den Hafen, die Benützung der Lauben oder die Feuerwehersatzabgabe. In zwei Reglementen gab es Ergänzungen. Zu Beginn der Sitzung lehnte der Rat die Verschiebung des Traktandums ab (FN von gestern). Martin Leu (GLP) plädierte erneut auf Nichteintreten. Ammann Christian Brechbühl bat trotz der fortgeschrittenen Zeit – es war 23.33 Uhr – um Durchhaltevermögen. Der Antrag wurde abgewiesen – mit 22 Nein zu 20 Ja bei drei Enthaltungen. Die Reglemente wurden rasch mit einigen Nein-Stimmen und zahlreichen Enthaltungen geändert. Weitere Anträge auf Verschiebung wurden mit dem Argument, dass die Reglemente noch aktuell seien, abgelehnt. fca

Autor: Fahrettin Calislar